

7 Juni 97

Unterstützung für zeitnahe Giftmüllabsicherung vertagt

Umweltausschuß zum Antrag: „Nicht übers Knie brechen“

Münchehagen/Nienburg (re). Die Stadt Rehburg-Loccum bzw. das Münchehagen-Plenum hat sich vom Spätherbst vergangenen Jahres bis Mitte Mai mit der gefährdeten zeitnahen Sicherung der Giftmülldeponie Münchehagen herumgeplagt. Wie berichtet, hatten die Landesämter für Ökologie und Bodenforschung das Risiko austretender Schadstoffe im Untergrund über eine Langzeitsicherung bis zu 50 Jahren für beherrschbar erklärt. Diese Haltung führte zu heftigen Auseinandersetzungen. In deren Folge widerlegte ein unabhängiger Gutachter die Einschätzung der Landesämter, und der Arbeitskreis „Umwelt“ der SPD-Landtagsfraktion legte sich Mitte Mai auf die im Oktober beschlossene zeitnahe Sicherung fest.

In diesen Monaten des Ärgers und der Unsicherheiten hat der Nienburger Kreistag kein Wort zu den Vorgängen in seiner betroffenen kreisangehörigen Stadt verloren. Der Kreis-Umweltausschuß vertagte Ende Mai einen Antrag von Dr. Andrea Berkenhoff, die das Gremium aufgefordert hatte, dem Münchehagen-Plenum Unterstützung zuzusichern. „Zu kurzfristig“, hieß es. „Nicht übers Knie brechen.“ Und: „Nicht eilbedürftig“, so die Kreisverwaltung. Das Gremium werde vor dem Workshop des Münchehagen-Ausschusses am 21. und 22. Juni noch einmal tagen und eine Empfehlung beschließen.

Berkenhoff beantragte: Der Umwelt-

ausschuß beschließt, das Münchehagen-Plenum sowie seinen Vermittlungsausschuß aufzufordern, entsprechend der mit parteiübergreifenden Mehrheiten beschlossenen Landtagsentschlüssen die Sicherungsmaßnahmen für die Sonderabfalldeponie Münchehagen umgehend zu beschließen und die Durchführung der Maßnahmen kurzfristig zu Ende führen zu lassen sowie die Erstellung eines Sanierungskonzepts in Angriff zu nehmen, das geeignet ist, dauerhafte Sicherheit für die Bevölkerung zu garantieren. Der Landkreis Nienburg sichert dem Münchehagen-Plenum dafür seine Unterstützung zu.

Berkenhoff begründete den Antrag mit den bekannten Stellungnahmen der Landesämter und meint, die zeitliche Streckung der Sicherung auf 50 Jahre sei unverantwortlich, weil sich die Schadstoffe entgegen den Darstellungen der Landesämter schneller und weiter ausgebreitet hätten, als von diesen angeführt. Eine schnelle Sicherung würde die derzeitigen jährlichen Unterhaltungskosten von 3,8 Millionen auf 300 000 Mark reduzieren. Berkenhoff verweist auf den rechtlichen Anspruch der Stadt Rehburg-Loccum auf Beseitigung der illegalen Deponie. Der Landkreis solle eindeutig Stellung beziehen. Das Problem folgenden Generationen zu überlassen sei kein verantwortlicher Umgang mit einer Altlast, die von Grundwasser durchströmt werde.